

Bericht der Bundesregierung über den G20-Gipfel in Brisbane/Australien vom 15. bis 16. November 2014

Vom 15. bis 16. November 2014 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Brisbane/Australien.

Die G20 setzte sich in Brisbane das ehrgeizige Ziel, das globale Wachstum zu steigern. Bis 2018 soll das BIP der G20 mindestens um 2 % ansteigen. So soll den Menschen weltweit ein besserer Lebensstandard geboten, Armut und Ungleichheit verringert und hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden. Die G20 verpflichtete sich dazu auf Maßnahmen zur Förderung von Investitionen, zur Erleichterung des Handels, zur Förderung des Wettbewerbs sowie auf Strukturreformen. Um Investitionen, insbesondere im Infrastrukturbereich, voranzutreiben, einigte die G20 sich auf eine Infrastrukturinitiative und die Schaffung einer globalen Infrastruktur-Plattform („Global Infrastructure Hub“) zum Austausch von Wissen und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen in Infrastruktur.

Die G20 widmete sich auch dem Abbau von struktureller Langzeitarbeitslosigkeit und der Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit. Die G20 verpflichtete sich, die Erwerbstätigenquote zu erhöhen und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Ziel ist vor allem, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen und den Unterschied von Männern und Frauen in der Erwerbstätigenquote bis 2025 um 25 % zu reduzieren.

Die G20 bekannte sich erneut zur multilateralen Handelspolitik. Diese Regeln bilden nach wie vor das Rückgrat des globalen Handels und tragen zu wirtschaftlichem Wohlstand bei. Die Einigung zum WTO-Abkommen über Handelserleichterungen wurde erleichtert aufgenommen; die Umsetzung soll nun schnell erfolgen. Die Europäischen Partner und die USA bekräftigen am Rande der G20 die Bedeutung des Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP).

Im Bereich Energie verständigte sich die G20 auf gemeinsame Prinzipien für die künftige Zusammenarbeit. Es geht darum, Energie-Märkte zu stärken, Versorgungssicherheit zu verbessern und erneuerbare Energien auszubauen. Darüber hinaus brachte die G20 einen Aktionsplan Energieeffizienz auf den Weg.

Die Bundesregierung setzte sich in Brisbane stark für die Unterstützung wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ein.

Bei der Bankenaufsicht und der Regulierung der Finanzmärkte ist die G20 wieder einen guten Schritt vorangekommen: In Zukunft soll es einfacher werden, international agierende Banken, die in Schwierigkeiten geraten, abzuwickeln, ohne dass der Steuerzahler dafür haften muss. Die Bundesregierung setzt sich zudem besonders für die Regulierung von Schattenbanken ein.

Zudem verständigte die G20 sich auf ein entschlossenes Vorgehen gegen Gewinnverlagerungen multinationaler Konzerne (Base Erosion and Profit Shifting).

G20 schrieb in Brisbane den Aktionsplan zur Korruptionsbekämpfung fort, durch den wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit gefördert werden soll. Kurzfristig soll der Kampf gegen Ebola verstärkt werden.

Ab dem 1. Dezember 2015 wird die Türkei die Präsidentschaft der G20 übernehmen. Der nächste G20-Gipfel wird am 15./16. November 2015 in Antalya stattfinden.

Weltwirtschaft, Wachstum und Investitionen

Die G20 betonte, dass die Steigerung des globalen Wachstums weiterhin hohe Priorität habe, um den Lebensstandard der Menschen weltweit zu verbessern und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Die G20 schätzt den Verlauf des globalen Aufschwungs derzeit noch als langsam und ungleichmäßig ein. Die Erholung der Weltwirtschaft werde einerseits von Nachfragedefiziten gebremst, gleichzeitig sei es notwendig, Hemmnissen auf der Angebotsseite zu begegnen. Die einzelnen G20-Staaten verpflichteten sich, die vereinbarten Maßnahmen nachzuhalten und regelmäßig Rechenschaft über erzielte Fortschritte abzulegen. Die Bedeutung von Strukturreformen für die Erreichung eines nachhaltigen Wachstums wird von der Bundesregierung immer wieder betont. Bestehenden Risiken, etwa auf den Finanzmärkten oder aufgrund geopolitischer Spannungen, müssen in Betracht gezogen werden. Umso wichtiger ist es, dass die G20 zusammenarbeitet, um das globale Wachstum anzukurbeln, die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen und die globalen Institutionen zu stärken. Dies ist auch ein besonderes Anliegen der Bundesregierung.

Mit dem Brisbane Action Plan für robustes, nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum hat sich die G20 ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Die G20 als Ganzes will ihr BIP um 2 % bis 2018 steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, haben die G20-Mitglieder zahlreiche Maßnahmen benannt, die es nun umzusetzen gilt. Die G20 ist sich darin einig, dass globale Defizite im Investitions- und Infrastrukturbereich angegangen werden müssen, um Wachstum, Beschäftigung und Produktivität zu steigern. In diesem Zusammenhang steht auch eine Initiative der G20 für globale Infrastruktur (Global Infrastructure Initiative) – ein über mehrere Jahre angelegtes Arbeitsprogramm. Es soll hochwertige öffentliche und private Investitionen fördern, um die globale Lücke im Infrastrukturbereich zu schließen und Wachstum, Beschäftigung und Produktivität voranzubringen. Zudem einigte sich die G20 auf die Schaffung eines „Global Infrastructure Hub“. Dieser, auf vier Jahre angelegte Knotenpunkt soll als Wissensplattform zur Vernetzung von Regierungen, Privatsektor, Entwicklungsbanken und internationalen Organisationen für Infrastrukturprojekte dienen.

Beschäftigung

Als Beitrag zur Steigerung des Wachstums verständigten sich die G20 im Bereich Beschäftigung darauf, die Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen zu erhöhen. In diesem Zusammenhang verpflichtete sich die G20, die Kluft zwischen den Geschlechtern bei der Erwerbsbeteiligung um 25 % bis 2025 zu reduzieren. Gleichzeitig geht es auch darum, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein zentrales Ziel der G20 ist weiterhin der Abbau der unannehmbar hohen Jugend- arbeitslosigkeit junger Menschen. Die Beschäftigungspläne der G20 konzentrieren sich deshalb auf Investitionen in Lehre, Bildung und Ausbildung. Auch Anreize zur Einstellung junger Menschen und die Förderung des Unternehmergeistes sind wichtige Maßnahmen in diesem Kontext. Die Eindämmung struktureller Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit stehen ebenfalls weit oben auf der Agenda der G20. Die G20 machte deutlich, dass die Verbesserung der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz hohe Priorität habe.

Handel

Die G20 unterstrich die Bedeutung internationalen Handels als wichtigen Motor für mehr Wachstum und erneuerte ihr Bekenntnis zu multilateraler Handelspolitik. Die Einigung in Bali auf ein Abkommen zu Handelserleichterungen im Dezember 2013 war ein wichtiges Signal für die Weltwirtschaft. Durch die Verständigung der USA und Indien ist nun der Weg frei geworden für die Umsetzung weiterer Bausteine von Bali und für die Erarbeitung des Post-Bali Programms. Das WTO-Abkommen über Handelserleichterungen soll nun schnell umgesetzt werden. Zudem soll zügig ein Post-Bali-Arbeitsprogramm vereinbart und die Doha-Entwicklungsrunde abgeschlossen werden. Die G20 bekräftigte zudem ihre Selbstverpflichtung gegen Protektionismus. Die Staats- und Regierungschefs wollen bei ihrem nächsten Gipfel Möglichkeiten diskutieren, wie das Handelssystem verbessert werden kann. Dabei geht es auch darum, bilaterale, regionale und plurilaterale Vereinbarungen im Interesse des globalen Handels zu verzahnen und damit dazu beizutragen, dass auf der Grundlage der Regeln der WTO ein stärkeres multilaterales Handelssystem geschaffen wird.

Parallel zum multilateralen Handel will die Bundesregierung bilaterale Freihandelsabkommen voranbringen. Die Europäischen Partner und die USA bekräftigen am Rande des G20 Gipfeltreffens nochmals die Bedeutung des Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP). Dieses Bekenntnis ist für die Bundesregierung von be-

sonderer Bedeutung, da Europa nicht den Anschluss an asiatische Länder, die Freihandel machen, verlieren darf und bei einem Scheitern ein Abbau von Arbeitsplätzen auch in Deutschland droht.

Finanzmarktregulierung

Die G20 setzte ihre Anstrengungen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Stabilität des internationalen Finanzsystems entschieden fort. Ziel ist es, die vereinbarten Reformen im Rahmen der Finanzmarktregulierung vollständig umzusetzen. Darauf lag ein besonderes Augenmerk der Bundesregierung. In diesem Kontext verabschiedete die G20 die Fortführung der Roadmap zur Regulierung von Schattenbanken. Aus Sicht der Bundesregierung ist dies ein bedeutender Schritt, um dem Ziel, Regulierungslücken zu schließen und somit die Übertragungsgefahr von Finanzmarktkrisen zu senken, näher zu kommen. Zudem begrüßte die G20 den Vorschlag des Rats für Finanzmarktstabilität (Financial Stability Board, FSB) zum Ausbau der Verlustabsorptionsfähigkeiten von systemrelevanten, weltweit agierenden Banken, um im Falle ihrer Zahlungsunfähigkeit einen weiteren Schutz der Steuerzahler zu gewährleisten. Durch unsere Reformen für eine verbesserte Kapital- und Liquiditätsposition der Banken und sicherere Derivatemärkte sollen die Risiken für das Finanzsystem verringert werden.

Zudem hat sich die G20 enttäuscht darüber gezeigt, dass sich die Durchführung der 2010 beschlossenen Quoten- und Governancereform des IWF sowie der 15. allgemeinen Quotenüberprüfung, im Rahmen derer auch eine neue Quotenformel gefunden werden sollte, weiter verzögern.

Steuergerechtigkeit

Die G20 setzt sich dafür ein, Gerechtigkeit des internationalen Steuersystems zu gewährleisten und die finanziellen Grundlagen der Staaten zu sichern. Die G20 begrüßte insbesondere die erheblichen Fortschritte bezüglich des Aktionsplans der G20/OECD zur Bekämpfung der Aushöhlung von Steuerbemessungsgrundlagen und Gewinnverlagerungen (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) für eine Modernisierung internationaler Steuerregelungen. Die Arbeiten sollen bis 2015 abgeschlossen werden. Damit wird einem zentralen Anliegen der Bundesregierung Rechnung getragen. Zur Vermeidung grenzüberschreitender Steuerhinterziehung billigten die G20 den neuen globalen Gemeinsamen Berichtsstandard (Common Reporting

Standard) für den automatischen Austausch von Steuerdaten auf Grundlage von Gegenseitigkeit. Vorbehaltlich des Abschlusses der erforderlichen legislativen Verfahren werden auf dieser Basis ab 2017 oder Ende 2018 automatisch Steuerdaten untereinander sowie mit anderen Staaten ausgetauscht.

Korruptionsbekämpfung

Die G20 billigte den Aktionsplan zur Korruptionsbekämpfung für 2015 - 2016 (Anti-Corruption Action Plan). Durch gezielte Maßnahmen will die G20 die Zusammenarbeit fördern sowie und Netzwerke schaffen, durch die die Rechtshilfe verbessert, Korruptionserlöse zurückgeführt und korrupten Amtsträgern Rückzugsgebiete verweigert werden. Damit dient die Korruptionsbekämpfung dem Ziel, Wachstum und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu fördern. Durch die beschlossenen G20-Prinzipien zur Transparenz in Bezug auf wirtschaftlich Berechtigte bekennt sich die G20 zu einer Verbesserung der Transparenz im öffentlichen und im privaten Sektor. Auch die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt. Die Ratifizierung der VN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) durch Deutschland wurde im Kreis der G20 begrüßt.

Energie und Klima

Starke und widerstandsfähige Energiemärkte sind für das Wirtschaftswachstum von entscheidender Bedeutung. Die G20 verständigte sich auf gemeinsame Prinzipien für die künftige Zusammenarbeit im Bereich Energie. Angesichts sich dynamisch verändernder Energiemärkte betonte die G20 ihre Zielsetzung, künftig enger zusammenzuarbeiten. Die Bundesregierung unterstützt dies nachdrücklich.

Danach sollen u.a. Energie-Märkte gestärkt, die Versorgungssicherheit verbessert und erneuerbare Energien ausgebaut werden. Zudem brachte die G20 einen Aktionsplan Energieeffizienz auf den Weg. Danach soll insbesondere in den Bereichen Produkte (Stromverbrauch von Netzwerkgeräten im Stand-by-Modus reduzieren), Transport (Effizienzstandards für schwere Lastkraftwagen) und Finanzierung (insbesondere Mobilisierung von privatem Kapital für Energieeffizienz-Projekte) auf freiwilliger Basis zusammengearbeitet werden. Deutschland setzte sich erfolgreich dafür ein, dass sich die G20 auch in diesem Jahr mit Klimafragen befasste. Die G20 wird eng zusammenarbeiten, um ein rechtsverbindliches Klimaabkommen bei der Klimakonferenz in Paris 2015 (COP 21) zu verabschieden. Die G20 rief alle Staaten

dazu auf, ihre nationalen Klimareduktionsziele möglichst im ersten Quartal des Jahres 2015 zu kommunizieren, und bestätigte ihre Unterstützung für die Mobilisierung von Klimafinanzierung z.B. im Rahmen des Green Climate Fund. USA und Japan gaben am Rande des Gipfels ihre Finanzierungsbeträge bekannt.

Entwicklung

Die G20 bekannte sich zu Armutsbekämpfung und Förderung von nachhaltiger Entwicklung in Entwicklungsländern. Die G20 verpflichtete sich zu wirksamen Maßnahmen, um die globalen Durchschnittskosten von Rücküberweisen auf 5 % zu reduzieren. Sie begrüßte den neuen Aktionsrahmen der G20 für Ernährungssicherung, der zur Steigerung von Einkommen und Beschäftigung und zur Produktivitätssteigerung im Ernährungssektor beitragen soll. Zudem unterstützen die G20-Staats- und Regierungschefs die Vereinten Nationen (VN) dabei, eine ambitionierte Post-2015 Agenda für nachhaltige Entwicklung zu verabschieden.

Kampf gegen Ebola

Die G20 verpflichtete sich, alles Notwendige zu tun, damit der Ebola-Ausbruch gestoppt wird und die mittelfristigen wirtschaftlichen und humanitären Kosten angegangen werden können. Sie hat dies in einem gesonderten Dokument festgehalten. IWF und Weltbank werden aufgefordert, ihre Unterstützung für die betroffenen Länder fortzusetzen; insbesondere die Initiative des IWF, 300 Mio. USD bereitzustellen, um dem Ebola-Ausbruch zu begegnen, wurde begrüßt. Die G20 bat IWF und Weltbank, die Möglichkeit für neue flexible Mechanismen auszuloten, um den wirtschaftlichen Auswirkungen zukünftiger Krisen wirksam begegnen zu können. Die G20 wird über bilaterale, regionale und multilaterale Kanäle und in Partnerschaft mit NGOs arbeiten. Die G20-Mitglieder verpflichteten sich erneut zur vollständigen Umsetzung der internationalen Gesundheitsregeln der WHO (International Health Regulations, IHR). Die G20 verpflichtete sich zudem, andere bei der Umsetzung von IHR zu unterstützen und dabei Kapazitäten aufzubauen, um Infektionskrankheiten wie Ebola zu verhindern, aufzuspüren, frühzeitig zu melden und schnell zu begegnen. Darüber hinaus ist die G20 entschlossen, Antibiotikaresistenzen zu bekämpfen.